



Inhalt

1.	Einleitung: Demokratie – Partizipation – Geschlecht	2
2.	Diskurse um Definitionen und Systematiken von Partizipation	2
3.	Methoden der Partizipationsforschung	5
4.	Politische Partizipation der Geschlechter	6
4.1	<i>Institutionalisierte Partizipationsformen</i>	6
4.1.1	<i>Wahlbeteiligung</i>	6
4.1.2	<i>Partizipation in Parteien</i>	7
4.1.3	<i>Partizipation in Parlamenten und Regierungen</i>	8
4.1.4	<i>Partizipation in Gewerkschaften</i>	10
4.2	<i>Nicht-institutionalisierte Partizipationsformen</i>	11
4.2.1	<i>Neue Soziale Bewegungen</i>	12
4.2.2	<i>Frauenpolitisches Engagement</i>	12
4.2.3	<i>Soziales Engagement</i>	13
5.	Ausgewählte Erklärungsansätze zur geschlechter-unterschiedlichen Partizipation	13
5.1	<i>Sozioökonomische Erklärungsansätze</i>	16
5.2	<i>Politisch-kulturelle Erklärungsansätze</i>	16
5.2.1	<i>Nationale politische Kultur</i>	16
5.2.2	<i>Individuelle politische Orientierungen</i>	16
5.3	<i>Institutionentheoretische Ansätze</i>	17
5.4	<i>Politischer Sozialisationsansatz</i>	18
6.	Zusammenfassung und Ausblick	19
7.	Endnoten	20



Brigitte Geißel/ Virginia Penrose

Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung

- Politische Partizipation von Frauen und Männern

1. Einleitung:

Demokratie – Partizipation – Geschlecht

Als ‚Demokratie‘ wird eine Vielzahl an Formen des politischen Regierens (und Lebens) bezeichnet. Gemeinsam ist allen Demokratien, dass die Herrschaft aus dem Volk hervorgeht und unter Berufung auf seine Interessen ausgeübt wird. Aus dieser allgemeingültigen Definition lässt sich allerdings kaum die Bedeutung von politischer Partizipation ableiten. Es ist daher nicht erstaunlich, dass politische Beteiligung in unterschiedlichen Demokratietheorien höchst divergent bewertet wird. Das Spektrum der als ideal erachteten Partizipation bewegt sich zwischen den elitetheoretischen Ansätzen à la Schumpeter (1950), die politische Partizipation in periodisch stattfindenden Wahlen der Eliten erschöpft sehen¹, und den partizipativen Ansätzen im Sinne Rousseaus, die eine aktive Rolle der BürgerInnen in (fast) allen Phasen des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses fordern (Barber 1984; Pateman 1974; Holland-Cunz 1998; vgl. auch Barnes 2000). Die Debatte, welche Partizipationsmöglichkeiten und welches Ausmaß an politischer Mitbestimmung der BürgerInnen ideal sind, ist bis heute in der Politikwissenschaft aktuell (z.B. Welzel 2000; Patzelt 2000; Schmidt 2000).

Über die Bedeutung partizipativer Geschlechtergerechtigkeit in Demokratien herrscht unter PolitologInnen ebenfalls wenig Einigkeit. In den Mainstream-Demokratie- und Partizipationstheorien spielt Geschlecht kaum eine Rolle – zumindest nicht explizit. Die genderorientierte² Demokratie- und Partizipationsforschung weist demgegenüber kritisch darauf hin, dass Analysen und Theorien häufig stillschweigend von Männern bzw. mit männlichen Attributen versehenen politischen Akteuren ausgehen, wie z.B. von Akteuren, die frei von der „Sorge um das tägliche Leben“ sind (Honig 1994: 52; Holland-Cunz 1997; Geißel 1999: 212ff.; vgl. auch Habermas 1965: 13). Die angeblich geschlechtsneutrale Demokratie ist aus dieser Sichtweise eher eine „Androkratie“ (Biester u.a. 1994).

Genderorientierte Wissenschaftlerinnen argumentieren vor diesem Hintergrund, dass Demokratien mit deutlicher weiblicher Unterrepräsentanz als defizitär zu bezeichnen

sind (Sauer 1994; Holland-Cunz 1998). Begründet wird dieser Standpunkt mit verschiedenen Argumenten, von welchen hier nur die zentralen genannt werden: Erstens sei das Legitimations- und Akzeptanzproblem zu nennen, da in einer Demokratie keine Bevölkerungsgruppe de facto vom politischen Prozess ausgeschlossen sein dürfe. Einige Autorinnen fordern, dass die politische Repräsentation in etwa die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln solle („Mirror-Modell“). Zweitens teilten Frauen Erfahrungen und hätten spezifische Bedürfnisse und Interessen, die sich von jenen der Männer unterscheiden. Da die Politik das Leben von Männern und Frauen bestimme, müssten diese Unterschiede bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden und männliche sowie weibliche Perspektiven vertreten sein (z. B. Meyer 1987/1992). Drittens wird argumentiert, dass die Politik kaum effizient arbeiten könne, wenn die Kompetenzen und Fähigkeiten der Hälfte der Bevölkerung ausgeschlossen seien (z. B. Bernadoni/Werner 1983; vgl. weitere Argumente Leijenaar 1996: 10 - 13).

In diesem Beitrag werden entsprechend den Anforderungen eines Lehrtextes Debatten um politische Partizipation der Mainstream- und der genderorientierten Forschung nachgezeichnet. Darüber hinaus zeigen wir (mögliche) Verbindung zwischen beiden Strängen auf. Zunächst werden Diskurse und Systematiken von politischer Partizipation sowie Methoden, Zugänge und Themen der jeweiligen Forschungsrichtungen vorgestellt. Zwei umfassende Kapitel zur geschlechterunterschiedlichen Beteiligung und zu Erklärungsansätzen dieser Unterschiede folgen.

2. Diskurse um Definitionen und Systematiken von Partizipation

„What is participation“ fragten bereits 1972 Verba und Nie, und damals wie heute sind unterschiedliche Antworten zu finden. Einigkeit herrscht nur darüber,



dass zum Einen der wissenschaftliche Partizipationsbegriff von den historischen Entwicklungen politischer Beteiligung abhängt und zum Anderen Definition und Systematisierung von Partizipations(formen) Anlage und Ergebnis der Forschung erheblich beeinflussen.

Bis Ende der 70er Jahre wurde ‚Politische Partizipation‘ in erster Linie als die Teilnahme der BürgerInnen an politischen Willensbildungs- wie Entscheidungsprozessen im Rahmen institutionalisierter Beteiligungsformen wie Wahlen und Parteien definiert (vgl. Beck 1977: 663). Barnes, Kaase et al. (1979) erweiterten in der ‚Political Action-Studie‘ den Partizipationsbegriff und definierten ihn als freiwillige Aktivitäten von BürgerInnen „to influence either directly or indirectly political choices at the various levels of the political system» (42). In ihrer Studie wurde zum ersten Mal zwischen unkonventioneller und konventioneller sowie zwischen legaler und illegaler Partizipation unterschieden: Als ‚konventionell‘ galten alle institutionalisierten Formen, vor allem jene im Zusammenhang mit dem Wahlprozess; ‚unkonventionell‘ wurden jene Formen bezeichnet, welche „do not correspond to the norms of law and custom that regulate political behaviour“ (Kaase/Marsh 1979:41, nach Uehlinger 1988:24).³ Allerdings zeigte sich bald, dass viele der Formen, welche als ‚außerhalb der sozialen Norm stehend‘ definiert waren, von einer Mehrzahl der BürgerInnen für akzeptabel betrachtet wurden. Nicht-institutionalisierte Partizipationsformen wie die Beteiligung in den Neuen Sozialen Bewegungen oder in Bürgerinitiativen waren zunehmend in Erscheinung getreten und die Definitionen von ‚unkonventionell‘ problematisch geworden (siehe unten). Ende der 80er Jahre schlug Uehlinger (1988) eine Aufteilung partizipativer Handlungen in ‚Staatsbürgerrolle, problemspezifische Partizipation, parteiorientierte Partizipation, ziviler Ungehorsam und politische Gewalt‘ vor. Da aber jede Partizipationsform schließlich ‚problemspezifisch‘ ist bzw. sein kann, konnte sich auch diese Konzeption nur bedingt durchsetzen.

Unter dem Begriff ‚politische Partizipation‘ wird heute in der Mainstream- Partizipationsforschung ein breites Spektrum von Aktivitäten verstanden, beginnend mit dem Lesen von Zeitungen, der Ausübung des passiven Wahlrechts, Häuserbesetzungen bis zur Annahme eines politischen Mandats. 1992 erklärte zwar Kaase, dass letztlich nahezu „jedes Handeln, auch innerhalb eines explizit nicht-politisch abgegrenzten Umfeldes, politische Dimensionen im Sinne von politischer Bedeutsamkeit annehmen“ kann (Kaase 1992: 146).⁴ Diese Überlegungen

wurden jedoch vom Mainstream nicht weiter verfolgt. Vielmehr setzte sich eine instrumentelle, zweckrationale Definition durch, die als ‚politische Beteiligung‘ nur jenes Handeln mit einem explizit politischen Impetus versteht. Das heißt, es werden Handlungen ausgeklammert, die lediglich in ihren Konsequenzen, nicht aber in ihren Intentionen politisch sind (Kaase 2002: 350; Nohlen 1998: 521).⁵ Dabei wird auch eine strikte Trennung zwischen ‚politischen‘ und nicht- bzw. ‚vopolitischen‘ Partizipationsfeldern gezogen.

Genderorientierte Partizipations-ForscherInnen haben schon früh Kritik an dem Begriffsverständnis von Partizipation geübt, das sie als eingeschränkt wahrnahmen. Erstens vertraten sie ein breites Partizipationsverständnis - inspiriert vom Slogan der Frauenbewegung Anfang der 70er Jahre: „das Private ist Politisch“. Die Frauenbewegung hatte mit ihrem Slogan darauf aufmerksam machen wollen, dass die Lebenssituationen von Frauen keine subjektiv-individuellen, sondern gesellschaftliche sind. Damit gingen Überlegungen einher, dass öffentliche Partizipation von Frauen häufig erst durch Veränderung ihrer privaten Lebenssituation, zum Beispiel durch eine gerechte Verteilung von Haus- und Familienarbeit, möglich ist. Eine Veränderung der privaten Lebensumstände wurde, dieser Logik folgend, als ‚politisch‘ deklariert, jede Handlung galt potentiell als politische.⁶ Zweitens wurde das instrumentelle, zweckrationale Partizipationsverständnis der Mainstream-Forschung, das ‚expressive‘ Handlungsweisen und Identitätsbildungsprozesse von Akteursgruppen als ‚vopolitisch‘ ausklammert, ebenfalls abgelehnt (Sauer 1994: 103; Fuchs 2000: 256). Vielmehr seien auch identitätsstiftende Aktivitäten von Frauengruppen als ‚politisch‘ zu betrachten. Drittens wurde argumentiert, dass gesellschaftlich relevante Aktivitäten ‚politisch‘ seien, selbst wenn die AkteurInnen sie nicht als solche verstehen. Berühmt wurde das Beispiel der Unterschriften-Sammlerinnen für Greenpeace, die sich selbst nicht als ‚politisch‘ erachteten (ausführlich: Meyer 1992; Sauer 1994).

Damit verband sich viertens die Forderung, auch ehrenamtliche und soziale Tätigkeiten von Frauen, z.B. in bürgernahen selbsthilfeorientierten Initiativen, in kirchlichen Gruppen, in Elternräten von Kindergärten wie Schulen und sozialen Verbänden als ‚andere, weibliche‘ Form politischer Partizipation zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund erweiterte die damalige Frauenforschung den Partizipationsbegriff und wandte auf soziale

und private Tätigkeiten an (z.B. Ballhausen et al 1986).

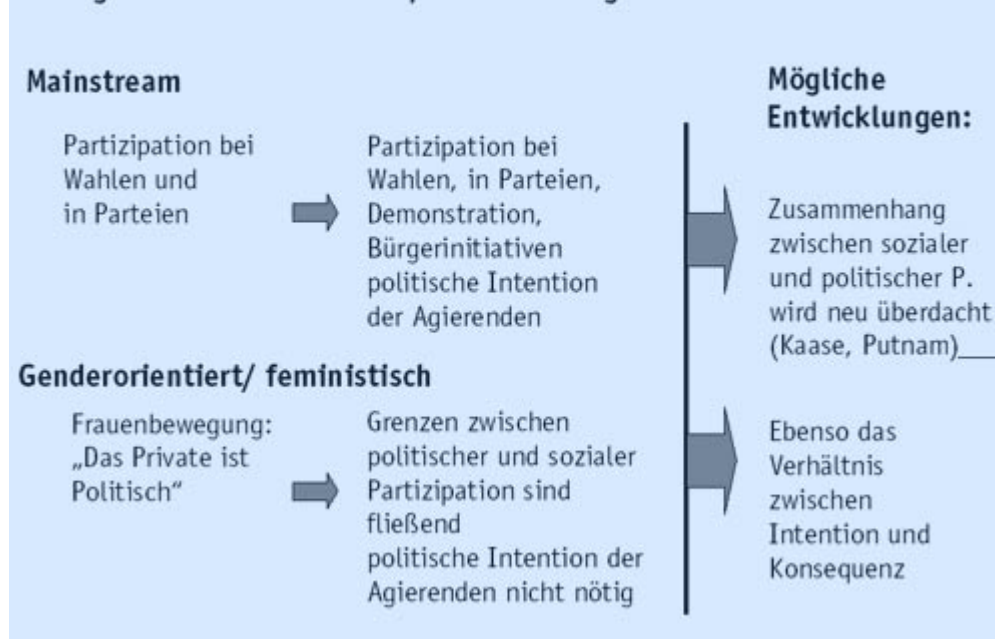
Mit der Ausweitung des Begriffs ‚politische Partizipation‘ auf (nahezu) alle Formen des menschlichen Handelns ging allerdings ein Verlust an definitorischer Klärungs- und wissenschaftlicher Analysefähigkeit einher (Penrose/Geißel 2001: 164; ähnlich: Westle 2001: 137). Ein solch breiter Partizipationsbegriff ist wissenschaftlich kaum noch handhabbar (vgl. Kap. 4.2.3). Entgegen der ursprünglichen Intention verdeckte ein derart weiter Partizipationsbegriff weiterhin den Herrschaftscharakter der realdemokratischen Ordnung. Wenn nahezu jegliche Aktivität als ‚politische Partizipation‘ tituliert werden könnte, erübrigen sich nicht nur Analysen zu Motiven und Konsequenzen politischer Partizipation, sondern auch Analysen zu geschlechterunterschiedlichen Chancen auf Einflussnahme. Die feministische Erweiterung des traditionellen Partizipationsbegriffs in den 70er und 80er Jahren hat somit zwar wertvolle Impulse gegeben, ist jedoch rückblickend eher als Beginn der Debatte und nicht als deren Ende zu betrachten.

Vor kurzem wurde durch die Arbeiten Putnams (1993, 1995) eine neue Entwicklung in der Mainstream-Forschung angestoßen: Der Blick sei „stärker auf Fragen der sozialen Partizipation und ihrer Beziehung zur politischen Partizipation zu richten“ (Kaase 2002: 354). Mainstream- und genderorientierte Partizipationsforschung treffen sich somit heute in einem Forschungsfeld, das von der genderorientierten Forschung seit Jahren intensiv ‚beackert‘ und vom Mainstream nun ‚neu entdeckt‘ wird. .

In der Mainstream- sowie genderorientierten Partizipationsforschung wird heute zwischen direkten und indirekten, legalen und illegalen, verfassten und nicht verfassten, institutionalisierten und nicht-institutionalisierten, unmittelbaren und mittelbaren, konventionellen und unkonventionellen Formen unterschieden.⁷ **Direkte** Partizipation wirkt auf eine sach-spezifische oder personelle Entscheidung ein, die Bezeichnung **indirekte** Partizipation zielt auf generalisierende Handlungsvollmachten bei Wahlen. **Legal** ist die Beteiligung, wenn sie sich innerhalb der geltenden Rechtsnormen bewegt.

Illegal sind Formen, die Sach- oder Personenbeschädigung beinhalten, aber auch Protestformen wie wilde Streiks oder Besetzungen. Politische Partizipation ist **verfasst**, wenn sie rechtlich verbindlich verankert und geregelt ist, zum Beispiel in der Verfassung oder einer Gemeindeordnung (Nohlen 1998: 522; Nie/Verba 1975). **Unverfasst** sind jene Formen, die „in einem spontanen oder geplanten Mobilisierungsprozess außerhalb eines institutionellen Rahmens entstehen“ (Kasse 2002: 351). Unter ‚Institutionen‘ sind in erster Linie die rechtlichen Rahmenbedingungen gemeint, so sind **institutionalisierte** und verfasste Formen definitorisch weitgehend identisch (Gabriel 1997: 391). Institutionalisierte Partizipation kann aber auch meinen, dass diese in einer bestimmten Organisation stattfinden, beispielsweise in einer Partei oder einer Gewerkschaft. Beteiligungsformen können als **konventionell** bezeichnet werden, wenn sie etabliert, weit verbreitet bzw. relativ üblich sind (zum Beispiel der Wahlakt, aber auch Mitarbeit in

Abb. 1: Entwicklung des Partizipationsbegriffs in der Mainstream- und der genderorientierten Partizipationsforschung



einer Partei) und als **unkonventionell**, wenn sie relativ wenig verbreitet und etabliert sind (Bürgerinitiativen, Demonstrationen), wobei die Problematik dieser Definition bereits angesprochen wurde. Westle (2001) fügte die Dimension der **diskursiven** Partizipation hinzu, welche Diskussionen mit Bekannten sowie öffentliche Diskussionen umfasst.⁸ Diese Kategorien sind nicht nur verwirrend, sondern auch wenig eindeutig und trennscharf.

Folgende Abbildung soll die Überschneidungen und Uneindeutigkeiten verdeutlichen:

Abb. 2: Systematiken politischer Partizipation

Institutionalisierte/ verfasste		Nicht institutionalisierte/ nicht verfasste	
konventionell		unkonventionell	
	LEGAL (Graue Zone)		ILLEGAL
<ul style="list-style-type: none"> ➤Wahlen ➤Partei ➤Gewerkschaft ➤Parlament ➤Regierung 	<ul style="list-style-type: none"> ➤Demonstrationen 	<ul style="list-style-type: none"> ➤Zeitung lesen ➤Diskussionen mit Freunden/Bekanntem ➤Öffentliche Diskussionen ➤Bürgerinitiative 	<ul style="list-style-type: none"> ➤Gewalt ➤Sachschaden ➤Personenschaden ➤Nötigung

Sobald konkrete Handlungen kategorisiert werden sollen, werden Überschneidungen und Grauzonen zwischen den Kategorien sichtbar. Obwohl zum Beispiel das Demonstrationsrecht durchaus in mehreren Gesetzen ‚verfasst‘ (u.a. Art. 2) ist, wird es teils als ‚unverfasst‘ deklariert. In konventionellen Organisationen (zum Beispiel Gewerkschaften) vermischt sich nicht selten unkonventionelles mit konventionellem Handeln; hinter ‚neuen‘, innovativ erscheinenden Beteiligungsformen verbirgt sich Althergebrachtes in neuer Verpackung. Genderorientierte wie auch einige Mainstream-Forschende vermuten angesichts dieser Erkenntnisse, dass die Systematiken nicht zwangsläufig zu neuen Erkenntnissen führen und komplexe Zusammenhänge zwischen den Formen sogar verdecken (vgl. Geißel et al. 2001). Einige Wissenschaftler haben die Konsequenz gezogen, nicht mehr alle Beteiligungsformen auf eine Struktur zu systematisieren, sondern sie untersuchen einzelne Partizipationsakte (Verba et al. 1995).

3. Methoden der Partizipationsforschung

In der Mainstream-Partizipationsforschung dominierten seit deren Anfängen die Umfrageforschung anhand repräsentativer Bevölkerungstichproben (Hoecker 1995: 20). Die mündliche Befragung in Form des standardisierten Face-to-Face Interviews, schriftliche Befragungen und zunehmend auch das (standardisierte) Telefoninterview (Schnell/Hill/Esser 1993: 328) waren und sind das bevorzugte Instrument der Datenerhebung.⁹ Diese Studien sind meist Querschnittsuntersuchungen, d.h., sie finden ein-

mal zu einem bestimmten Zeitpunkt statt. Zunehmend werden heute Längsschnittuntersuchungen (auch *Panel* genannt) durchgeführt, bei denen dieselben Personen über eine längere Zeit zu denselben Themen mehrmals befragt werden. Mit Hilfe von Panels können Daten über Entwicklungen bzw. Veränderungen erhoben werden.

Die ersten repräsentativen, auf Individualdaten basierenden Untersuchungen konzentrierten sich auf die Analyse konventioneller Beteiligungsformen (Kaase 2002: 351; Sauer 1994: 101). Zentrale Problemstellungen dieser empirischen Studien waren Formen, Bedingungen und Hindernisse von allgemeiner Wahlbeteiligung und parteiorientierter Partizipation auf der nationalen Ebene. Später wurden sowohl institutionalisierte als auch nicht-institutionalisierte Formen auf regionaler, nationaler wie internationaler Ebene mit Hilfe von Individualdaten erforscht.¹⁰

Die feministischen Partizipationsforscherinnen hatten vor allem in den 80er und 90er Jahren die standardisierten Erhebungen der Mainstream-Partizipationsforschung eher skeptisch beobachtet. Sie vermuteten, dass sich der Androzentrismus auch in den Fragestellungen der standardisierten Befragungen (wenn auch unbeabsichtigt) widerspiegeln würde und die Ergebnisse aufgrund des semantischen Ausschlusses weiblicher Lebenserfahrungen, Politikverständnisses und Interessen verzerrt oder lückenhaft wären. Problematisch sei außerdem, dass die systematische Einbeziehung der Makro-Ebene



- aus Gender- Perspektive vor allem die Berücksichtigung von Geschlecht als gesellschaftlichem Organisations- und Strukturierungsprinzip – bei dieser Datenerhebungsmethode nicht unproblematisch ist.

Die sich seit den 60er Jahren sehr langsam etablierenden qualitativen Methoden eröffneten neue Möglichkeiten der empirischen Forschung (Glaser/Strauss 1967). Das explorative, hypothesengenerierende Verfahren der qualitativen Forschung („grounded theory“, d.h. „gegenstandsbezogene Theorie“) erweiterte durch „offene“ Datenerhebung das Spektrum der Antwortmöglichkeiten der Befragten und ließ Raum für das Unvorhersehbare. Die Befragten können zu Themenbereichen ohne vorgegebene Antworten (also „offen“) „erzählen“. Das Ziel ist ein Erkenntnisgewinn über die subjektiven Sichtweisen der Befragten, die mit ihren eigenen Relevanzen und Deutungen zu Wort kommen, sowie Einsichten in neue, bisher nicht wahrgenommene Zusammenhänge. Repräsentativität spielt dabei keine Rolle. Die qualitative Sozialforschung umfasst eine Vielfalt von methodischen Verfahren (um einige zu nennen: biographische Methode, Fallrekonstruktion, Einzelfallforschung, dialogische Hermeneutik) (vgl. Flick et al. 1995).

Die genderorientierte Partizipationsforschung nahm die neuen, qualitativen Methoden mit großer Euphorie auf, vor allem narrative oder teilstrukturierte Interviews wurden angewandt (vgl. u.a. Schöler-Macher 1994; Penrose 1993a; Geißel 1999; Meyer 1997; Schaeffer-Hegel u. a. 1995). Qualitative Daten über politische aktive Frauen seit den 50er Jahren bis heute, im nationalen aber auch im internationalen Raum wurden gesammelt und Portraits über Politikerinnen, ihre Laufbahnen und Erfahrungen geschrieben, Thesen zu parteipolitischen Zugangsbarrieren oder zu geschlechtsspezifischer politischer Sozialisation entwickelt; Thesen zu einem, „weiblichem“ Politikverständnis und zu „weiblichen“ Politikstilen tauchten auf und wurde schließlich wieder relativiert. Die qualitativen Studien wiesen auch darauf hin, dass Frauen ihr Engagement häufig anders wahrnehmen als Männer und bisher wenig beachtete Innovationen¹¹ in den politischen Prozess einbringen. So sind aus den qualitativen Studien in den letzten 15 Jahren wertvolle Impulse für die Partizipationsforschung entstanden, wenngleich die genderorientierte Forschung nicht selten den thesengenerierenden Charakter qualitativer Methoden übersah und die Ergebnisse als thesenbestätigend interpretierte.

Problematisch ist, dass die WissenschaftlerInnen der Mainstream- und der genderorientierten Partizipations-

forschung längere Zeit die Augen vor den neuen Erkenntnissen aus dem jeweils anderen methodischen Bereich nicht nur verschlossen haben, oft ging die Anwendung einer bestimmten Methode automatisch mit einer ideologischen Zuordnung und Ab- bzw. Aufwertung einher. Erst seit kurzem sind Anzeichen zu erkennen, dass WissenschaftlerInnen aus beiden Forschungssträngen voneinander zu profitieren beginnen: Westle veröffentlichte z.B. 2001 die Ergebnisse einer Studie, in der sie zentrale Thesen der Gender-ForscherInnen, welche aus qualitativen Studien entstanden sind, anhand der Daten von ALLBUS- und ISSP (1988/1998) überprüft hat.¹² Studien, die die geschlechtsspezifische politische Partizipation mit Hilfe eines sinnvollen Methodenmix erforschen, sind wünschenswert.

4. Politische Partizipation der Geschlechter

Im Rahmen dieser Veröffentlichung konzentrieren wir uns auf die Entwicklung und den aktuellen Stand der politischen Partizipation der Geschlechter in Ost- und Westdeutschland in institutionalisierten und nicht-institutionalisierten Partizipationsformen. Zur genderspezifischen Beteiligung im internationalen Vergleich liegt der Sammelband von Nelson und Chowdhury (1994; vgl. auch Christy 1987; United Nation's Development Program 2000), für die Europäische Union eine komparative Publikation von Hoecker (1998b; auch Hoecker 2000; Matland/Montgomery 2003), für die USA zwei Studien von Carroll (2001/2003; vgl. auch Naff 2001; Meyer 1996)¹³ vor.

4.1 Institutionalisierte Partizipationsformen

4.1.1 Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung der Frauen lag in Deutschland bis in die 60er Jahre zumeist drei bis vier Prozent unter jener der Männer (zum Beispiel 1957: Männer 89,6 %, Frauen: 86,3 %), wobei sich diese bereits minimale Kluft bis heute stetig verkleinert hat; bei der Bundestagswahl 2002 gingen 79,0 % der Frauen und 79,6 % der Männer zur Wahlurne (Moehl 2003). Eine Differenzierung nach Alter und seit 1990 nach neuen und alten Bundesländern zeigt allerdings interessante Befunde: Vor allem Männer über 60 Jahre gehen deutlich häufiger zu Wahlen als gleichaltrigen Frauen. 1953 betrug der Unterschied in der Gruppe über 70jährigen 14,6 Prozentpunkte (Hoecker 1998a: 78), bei der Bundestagswahl 2002 schmolz dieser Unterschied allerdings auf 5,7



Prozentpunkte zusammen. In allen anderen Altersgruppen wiesen die Frauen im Jahr 2002 eine etwa ebenso große Wahlbeteiligung wie die der jeweils gleichaltrigen Männer auf (vgl. Moehl 2003; Bundestagswahl 2002). Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 überstieg die weibliche Wahlbeteiligung in Ostdeutschland die männliche, wenn auch nur minimal (Frauen 75 %, Männer 74,7 %; Hoecker 1998a: 77).¹⁴

4.1.2 Partizipation in Parteien

Obwohl den Parteien in der bundesrepublikanischen Demokratie eine zentrale Bedeutung bei der Willensbildung und eine Monopolstellung bei der Eliterekrutierung zukommt, ist die parteipolitische Beteiligung generell nicht sehr verbreitet. Nur ca. drei Prozent der Bevölkerung besitzt heute ein Parteimitgliedsbuch. Der jeweilige Geschlechteranteil ist in den einzelnen Parteien nicht vollständig dokumentiert, einige Zahlen und Entwicklungen sind jedoch bekannt.¹⁵ In den 50er und 60er Jahren lag der Frauenanteil in den etablierten Parteien der alten Bundesländern deutlich unter 20,0 % und stieg erst ab den 70er Jahren im Zuge des damaligen allgemeinen Politisierungstrends bei einigen Schwankungen deutlich an (Penrose/Geißel 2001: 191; Hoecker 1998b: 66).

teien überschritt der Frauenanteil schon in den 70er Jahren die 30 Prozentschwelle; kurz vor der Wende lag er in der CDU bei 44,9 %, in der DBD bei 33,9 %, in der LPDP bei 35,5 % und in der NDPD bei 37,0 % (Penrose 1993a: 191; Gast 1973).

Im Zuge der Vereinigung wären aufgrund der generell höheren Frauenanteile in den ostdeutschen Parteien Veränderungen im Gesamtbild der vereinigten Parteien zu erwarten gewesen. Diese Erwartung wurde aber nur zum Teil erfüllt. Lediglich die PDS konnte über die letzten zehn Jahre ihren bereits zur Wendezeit recht hohen Frauenanteil beibehalten.¹⁶ Obwohl sich der Mitgliederbestand der PDS seit 1990 um mehr als ein Drittel reduziert hat, weist sie mit 45,7 % (2002) weiterhin den höchsten Frauenanteil in deutschen Parteien auf.

Die Situationen in der ostdeutschen CDU und FDP sind nach der Wende gemischt. Bei anhaltendem Mitgliederschwund¹⁷ sank der Frauenanteil in der F.D.P.-Ost mit 21,0 % inzwischen unter das Niveau der F.D.P.-West (24,0%), während die CDU-Frauen in den neuen Bundesländern weiterhin wesentlich besser repräsentiert sind als in den alten Bundesländern (2000: CDU-West: 24,5 %; CDU-Ost: 31,4 %).

Tabelle 1: Weibliche Parteimitglieder 1974 - 2002 (in Prozent)

Partei	Frauenanteil in %					
	1974	1985	1989*	1996**	2000***	2002
CDU	17,6	22,0	22,8	24,9	25,2	25,1
CSU	10,5	13,9	14,2	16,4	17,3	17,4
SPD	19,7	25,3	25,6	28,5	29,0	29,8
FDP	17,2	23,6	25,0	25,3	24,4	24,4
Bündnis90/Die Grünen	---	33,0	37,5	35,6	35,8	36,2
PDS	---	---	---	42,6	46,0	45,7

* Daten lediglich für die Bundesrepublik Deutschland

** Stichtag für: FDP: 30.4.95; Die Grünen: Ende 1997; PDS: Ende 1994

*** Stichtag für: Bündnis 90/Die Grünen: 31.12.1998; PDS: 31.12.1999

In der DDR warb die SED seit der Gründung aktiv um die Mitwirkung der Frauen am politischen Leben. Das Ergebnis dieser Bemühungen war ein stetiger Anstieg des Anteils weiblicher Mitglieder seit 1954 (für eine detaillierte Diskussion zur Entwicklung der weiblichen Mitgliederzahlen in der DDR vgl. Penrose/Geißel 2001), 1971 waren 28,7 % der SED-Mitglieder Frauen (Gast 1973: 46), 1988 hatte sich der Anteil auf 36,2 % erhöht (SED-Studie 1988: 13; vgl. auch Wittich 1995: 58). Auch in den DDR-Blockpar-

Die neu gegründeten Parteien, SPD-Ost und Bündnis '90/Die Grünen, haben bei einer generell kleinen Mitgliederbasis Frauenanteile, die lange ca. 5 % unter jenem der westdeutschen SPD bzw. Grünen lag. In den letzten 12 Jahren hat sich diese Kluft etwas vermindert (ausführlich: Penrose/Geißel 2001: 193).

Die Präsenz von Frauen in den westdeutschen *Bundesvorständen* der SPD, CDU, CSU und F.D.P. lag insgesamt



bis Anfang der 80er Jahre weit unter ihrem prozentualen Mitgliederanteil (vgl. Hoecker 1987: 57). Als erste Partei, die eine strenge Quotierung von Frauen und Männern in allen Ämtern und Mandaten einführt, bildeten die Grünen die Ausnahme. Seit etwa Mitte der 70er erhöhte sich der Frauenanteil in den SPD-Vorständen.¹⁸ Die anderen Parteien zogen erst in den späteren Jahren nach.

In der DDR betrug 1981 der Frauenanteil in leitenden Parteifunktionen der Parteibasis bis hin zur mittleren (Kreis-)Ebene je nach Tätigkeitsbereich, Leitungsebene und Region 25 bis 40 Prozent. Erkennbare Änderungen beim weiblichen Anteil an Positionen realer politischer Macht gab es jedoch seit Ende der 50er Jahre nicht. Wie auch in der Bundesrepublik Deutschland galt: Je mächtiger die parteipolitischen Entscheidungsorgane und -funktionen, desto geringer der Anteil und der Einfluss von Frauen (Gast 1973: 138; Hampele 1993: 289ff.).

Heute sind Frauen in den BundesparteiVorständen aller Partei zumindest entsprechend ihrem prozentualen Mitgliederanteil vertreten, wie aus der Tabelle sichtbar wird (vgl. Tab. 2).

neue politische Rolle der Frauen in allen Parteien auf allen parteipolitischen Ebenen die der stellvertretenden Vorsitzenden zu sein scheint. Die Ausnahme stellt hier Dr. Angela Merkel dar, die im Dezember 1991 als erste Frau CDU-Generalsekretärin und im April 2000 sogar Parteivorsitzende wurde.

Als Gründe für den sich langsam erhöhenden Anteil an Frauen in den Bundesvorständen und Spitzenpositionen aller Parteien werden unter anderem wahltaktische Gründe, die frauenpolitische Vorbildrolle der Grünen mit der Quotenregelung seit Parteigründung, die Einführung der Quotenregelung in der SPD im Jahr 1988 und das veränderte politische Selbstverständnis der Frauen, vor allem der ostdeutschen Frauen genannt.

4.1.3 Partizipation in Parlamenten und Regierungen

Der Anteil weiblicher Abgeordneter in den westdeutschen Kommunalparlamenten lag lange Zeit deutlich unter dem Frauenanteil in den Parteien. 1973 waren zum Beispiel 18,2 % aller Parteimitglieder, aber nur 8,3 %

Tabelle 2: Vergleich der Frauenanteile in den den BundesparteiVorständen mit den Frauenanteilen in der Parteienmitgliedschaft 2000

Partei	Mitglieder des Bundesvorstands	Frauenanteil in Zahlen		Frauenanteil in Partei
		Zahl	Prozent	
SPD	42	22	52,4	25,2
CDU	42	14	33,0	17,3
CSU	39	11	28,0	29,0
Bündnis 90/Die Grünen*	6	3	50,0	35,8
FDP	41	10	24,4	24,4
PDS	17	9	52,0	46,0

* Stichtag für Bündnis 90/Die Grünen: 31.12.1998

Quelle: Penrose/Geißel 2001: 194

Die Vertretung von Frauen in weiteren exponierten innerparteilichen Ämtern und Posten fällt in der Bundesrepublik heute je nach Partei, Region und Organisationsstufe sehr unterschiedlich aus: In der SPD, PDS und bei Bündnis 90/Die Grünen sind sie heute in wichtigen Positionen und Gremien teilweise sogar stärker vertreten als es ihrem Anteil an Parteimitgliedern entspricht. Seit spätestens Ende der 80er Jahre sind in CDU, CSU und F.D.P. Bemühungen zu erkennen, der mangelhaften Vertretung von weiblichen Mitgliedern in innerparteilichen Ämtern entgegenzuwirken (Penrose/Geißel 2001 195; Hoecker 1987: 68). Hoecker (1998a) weist darauf hin, dass die

aller Mandatsträger der kommunalen Ebene weiblich. 1985 hatte sich der Anteil bei den Parteimitgliedern auf durchschnittlich 22,9 % erhöht, bei den kommunalen MandatsträgerInnen auf 14,4 % (Cornelißen 1993: 339). Bis 1996 stieg der weibliche Anteil an kommunalen VertreterInnen auf 25,2 %. Ende der 90er Jahre entsprach bzw. überschritt der Frauenanteil unter den kommunalen Mandatsträgern bei Bündnis 90/Die Grünen, der PDS und der SPD deren Anteil bei den Parteimitgliedern, in den anderen Parteien (CDU, CSU, FDP) war die Kluft gering (Hoecker 1998a: 134). Neuere Zahlen liegen nicht vor.



Großstädtische Kommunalparlamente weisen durchschnittlich einen höheren Frauenanteil auf als jene in ländlichen Gebieten und kleineren Städten. Jedes fünfte Mitglied eines kommunalen Parlamentes in einer Großstadt war 1987 eine Frau. 1990 lag der Anteil der weiblichen Mandatsträger dort bei 25 % und 1993 war er auf knapp 30 % gestiegen (Hoecker 1995: 111). Für die kleineren Städte und Gemeinden lässt sich bis 1998 – neuere Daten fehlen – die allgemeine Tendenz feststellen: Je kleiner die Kommune, desto geringer ist die Anzahl von Frauen in den kommunalen Parlamenten.

In den Landtagen war ein ähnlicher Aufwärtstrend wie in den kommunalen Vertretungen zu beobachten. Nachdem der durchschnittliche Frauenanteil in den Landtagen 1984 zum ersten Mal die 10-Prozent-Hürde übersprungen hatte, ist er rasch weiter gestiegen. 1992 war jede/r fünfte Landtagsabgeordnete in Deutschland eine Frau, wobei erhebliche Differenzen zwischen den einzelnen Bundesländern bezüglich der Höhe ihrer parlamentarischen Frauenanteile bestanden: Die Landtage in Schleswig-Holstein (1992: 36 %), Bremen (1991: 34 %) und Hamburg (1991: 33,3 %) überschritten bereits die 30 %-Marke, während sich Baden-Württemberg mit 11,6 % als hartnäckige Männerbastion erwies (www.db-decision.de, Aug. 2003). Vier Jahre später war Schleswig-Holstein der erste Landtag, der in der 15. Wahlperiode einen Frauenanteil von über

40 % hatte. Heute liegt der durchschnittliche Frauenanteil in den Landtagen über 30 Prozent.

In den *Landesregierungen* regierten bis Mitte der 60er Jahre fast ausschließlich Männer. Bis Mitte der 80er Jahre ließen sich die Landesregierungen im Wesentlichen als ‚Gruppenbild mit Dame‘ beschreiben. Den wenigen berufenen Frauen waren meist die so genannten ‚weichen‘ Ressorts wie Jugend, Gesundheit, Kultur oder Bildung übertragen worden. Dieses „traditionelle Muster der Frauenbeteiligung“ hat sich inzwischen gewandelt (Hoecker 1998a: 164). Frauen sind nicht nur häufiger als früher in den Landeskabinetten vertreten, sie übernehmen auch häufiger Ressorts, die als ‚frauenuntypisch‘ galten und gelten (vgl. ebd.). Im Mai 1993 wurde z.B. Heide Simonis zur ersten Ministerpräsidentin gewählt (Schleswig-Holstein). Die Bereitschaft, Frauen ministerielle Ressorts zu übertragen, ist allerdings weitgehend parteiabhängig: Mit wenigen Ausnahmen weisen vor allem jene Kabinette einen hohen Frauenanteil auf, in denen die SPD allein oder in einer Koalition regiert. Auffallend ist ebenfalls, dass der Frauenanteil in den CDU-geführten Regierungen der ostdeutschen Bundesländer (z.T. weit) unter dem der entsprechenden westdeutschen Landesregierungen liegt (vgl. Tab. 3).

Tabelle 3: Frauenanteil in den Landtagen und Landesregierungen der neuen und alten Bundesländer 1992 - 2003

	Bundesland					
	1992		1996		2003	
	Landtag	Regierung	Landtag	Regierung	Landtag	Regierung
Baden-Württemberg	11,6	14,3	17,4	16,7	21,9	10,0
Bayern	15,2	9,1	20,9	19,0	23,3	16,7
Berlin	29,0	12,8	38,3	36,4	32,6	22,2
Brandenburg	19,3	13,0	36,4	25,0	29,5	30,0
Bremen	34,0	16,0	39,0	25,0	41,0	28,6
Hamburg	33,3	26,9	37,2	20,0	28,9	4,5
Hessen	22,7	34,8	31,8	33,3	30,9	30,0
Mecklenburg-Vorpommern	21,2	16,7	28,2	40,0	32,4	27,3
Niedersachsen	19,5	25,0	26,1	28,6	33,3	30,0
Nordrhein-Westfalen	21,0	12,5	34,4	25,9	31,2	36,4
Rheinland-Pfalz	21,8	13,6	29,7	22,2	31,7	27,3
Saarland	23,5	16,7	35,3	28,6	33,3	37,5
Sachsen	17,5	3,8	29,2	9,1	33,3	10,0
Sachsen-Anhalt	16,0	7,4	28,3	23,8	31,3	11,1
Schleswig-Holstein	36,0	14,3	40,0	40,0	37,1	55,6
Thüringen	14,6	5,0	28,4	20,0	30,7	10,0

Quelle: BMFSFJ: Frauen in Führungspositionen 2003



Der Bundestag bot in Bezug auf die weibliche Vertretung bis Ende der 80er Jahre ein recht bescheidenes Bild.¹⁹ Erst 1987 ist es den Frauen überhaupt gelungen, ihren Anteil über die 10 %-Marke zu erhöhen. Wie auf der Landesebene ist seitdem allerdings eine beachtliche Steigerung zu verzeichnen. Seit der letzten Bundestagswahl 2002 sind knapp ein Drittel der Abgeordneten Frauen. Zwischen den Parteifraktionen sind auch hier erhebliche Differenzen festzustellen: SPD: 37,8 %, CDU 23,2 %, CSU: 20,7 %, Bündnis 90/Die Grünen: 58,2 % und FDP: 21,3 %.

Tabelle 4: Frauen im Deutschen Bundestag 1949 bis 2002 - jeweils zu Beginn der Wahlperiode

Wahlperiode	Abgeordnete insgesamt	darunter Frauen	Frauenanteil in %
1949-53	410	28	6,8
1953-57	509	45	8,8
1957-61	519	48	9,2
1961-65	521	43	8,3
1965-69	518	36	6,9
1969-72	518	34	6,6
1972-76	518	30	5,8
1976-80	518	38	7,3
1980-83	518	44	8,5
1983-87	520	51	9,8
1987-90	519	80	15,4
1990-94	662	136	20,5
1994-98	672	177	26,3
1998-2002	669	207	30,9
2002-	603	195	32,3

Quelle: Hoecker 1998b: 72; BMFSFJ: Frauen in Führungspositionen 2003

Auf der Regierungsebene ist ebenfalls eine langsame, stetige Verbesserung zu beobachten. Im Jahre 1961 (4. Wahlperiode) erhielt eine Frau (Elisabeth Schwarzhaupt) ein Ministerium in der Bundesregierung. Bis Ende 1987 wurden pro Bundesregierung ein bis zwei Frauen als Ministerinnen berufen, vorrangig für die Bereiche Gesundheit, Familie und Jugend (Hoecker 1998a: 171). Unter Helmut Kohl gab es 1990 in seinem ersten gesamtdeutschen Kabinett zum ersten Mal vier Ministerinnen und sechs Parlamentarische Staatssekretärinnen. Diesen Höchststand weiblicher Repräsentanz in der Regierung hielt er aber in der darauf folgenden Wahlperiode nicht bei.

Eine deutliche Verbesserung der Frauenvertretung im Bundeskabinett gab es mit dem Kanzlerwechsel 1998: Gerhard Schröder ernannte in seiner rot-grünen Regierung fünf Frauen zu Bundesministerinnen (33,3 %) und neun weitere Frauen zu Parlamentarischen Sekretärinnen (36 %). 2002 wurde die Bundesregierung zahlenmäßig

reduziert, der Frauenanteil dennoch erneut erhöht: 17 von 39 MinisterInnen und Parlamentarischen SekretärInnen waren im Jahr 2002 Frauen (43,6 %), darunter 6 Ministerinnen – teils mit Ressorts, die bisher als frauentypisch galten.²⁰

4.1.4 Partizipation in Gewerkschaften

Neben den politischen Parteien gelten in der Bundesrepublik die Gewerkschaften als besonders einflussreich. Bis zur Vereinigung hat sich die Repräsentanz von Frauen in den meisten westdeutschen gewerkschaftlichen Organisationen nur langsam verbessert: 1950 waren im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) 16,4 % der Mitglieder Frauen, bis 1990 ist ihr Anteil auf ca. 25 % angewachsen. In einigen Gewerkschaften, wie beispielsweise der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG), waren Frauen allerdings seit deren Gründung stärker vertreten (1949: 20,2 %, 1951: 31,4 %, 1990:



49,0 %). Die Mitgliedschaft im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund der DDR (FDGB) war dagegen - wenn auch nicht gesetzlich festgelegt - Pflicht aller ‚Werkstätigen‘. Aus diesem Grund konnte er früh einen hohen Frauenanteil nachweisen: 1952 soll der Frauenanteil bereits bei 37 % gelegen haben, 1960 bei 44 %, 1976 bei 51 % und 1987 bei 53 % (Kuhrig 1979: 42; Statistisches Jahrbuch der DDR 1988: 411).

Die meisten Gewerkschaften leiden seit Anfang der 90er Jahre unter einem beträchtlichen Mitgliederschwund: Zwischen 1991 und 1999 verloren die DGB-Gewerkschaften ein Viertel ihrer Mitglieder; wobei der Verlust im Osten und unter den Frauen größer war als im Westen und unter den Männern (vgl. www.dgb.de, Aug 2003; Ebbinghaus/

Visser 2000: 296). Am größten waren die Mitgliederverluste seit Mitte der 90er Jahre im Osten bei jungen Arbeiterinnen und am geringsten im Westen bei jungen männlichen Angestellten (Stiegler 1996: 10). Heute hat der DGB insgesamt einen Frauenanteil von etwas über 30 %, in ver.di²¹ liegt er bei knapp 50 % (vgl. Tabelle 5, unten).

4.2 Nicht-institutionalisierte Partizipationsformen

Eine Vielfalt von nicht-institutionalisierten Beteiligungsformen wird heute in der Partizipationsforschung berücksichtigt. Als legale Formen nicht-institutionalisierter Partizipation gelten: Teilnahme an öffentlichen Diskussionen, Bürgerinitiativen, Unterschriftensamm-

Tabelle 5: Mitgliederentwicklung in einigen Gewerkschaften der DGB 1994/2002 mit besonderer Berücksichtigung von Frauen

GEWERKSCHAFT ²²	1994		1999		2002	
	Mitglieder insgesamt	Frauenanteil in %	Mitglieder insgesamt	Frauenanteil in %	Mitglieder insgesamt	Frauenanteil in %
DGB-Gesamt	9.768.373	30,9	8.036.687	30,4	7.699.903	31,8
Gew. der Polizei	197.482	13,4	190.617	17,7	184.907	17,7
IG Metall*	2.995.738	18,3	2.701.996	19,3	2.643.973	18,7
Gew. Erziehung & Wissenschaft	316.196	67,7	273.787	67,7	264.684	68,0
Gew. Nahrung-Genuss-Gaststätten	336.239	39,9	270.016	39,6	245.350	39,9
Gew. Handel, Banken & Versicherungen	545.270	67,3	457.720	66,4	--	--
IG Medien	215.155	32,9	179.072	32,0	---	---
Gew. Öffentl. Dienste, Transport u. Verkehr	1.877.651	46,4	1.526.891	46,1	---	---
Deutsche Postgewerkschaft	546.906	42,2	457.475	43,5	---	---
Deutsche Angestellten Gewerkschaft	508.000*	53,2**	401.406	56,6	---	---
Ver.di					2.740.123	49,5

* Abgerundete Zahl angegeben im Datenreport 1999 Statistische Bundesamt für das Jahr 1995.

Im DGB-Vorstand sind heute zwei von 17 Mitgliedern Frauen (12%), in Verdi sind die Frauen mit 35 % (6 aus 17 Vorstandsmitgliedern) etwas besser vertreten (vgl. ausführlich: *BMFSFJ 2003*: www.db-decision.de, Aug. 2003)



lungen, genehmigte Demonstrationen und gewerkschaftliche Streiks, Mitwirkung in Verbänden, Vereinen und in den neuen sozialen Bewegungen (Ökologie-, Friedens- und Alternativbewegung). Zu den illegalen Formen gehören vor allem Sachbeschädigung und Gewalt an Personen (vgl. u.a. Jennings/van Deth et al. 1990; Koch/Wasmer/Schmidt 2000). In der genderorientierten Partizipationsforschung werden speziell Formen der Partizipation untersucht, „die traditionell einen großen Teil des weiblichen Beitrags zum Gemeinwohl ausmachen“ (Cornelißen 1993: 325), d.h. Aktivitäten in Frauenvereinen und in der Frauenbewegung sowie soziales Engagement.

Da die nicht-institutionalisierten Beteiligungsformen häufig keine formale Mitgliedschaft kennen, z.B. in den Neuen sozialen Bewegungen, und empirische Studien zur (geschlechtsspezifischen) Beteiligung – abgesehen von Fallstudien - rar sind, greift die Forschung häufig auf Umfragedaten zurück. Wir beschränken unsere Diskussion im Folgenden auf drei Formen der nicht-institutionalisierten Beteiligung (zu anderen Formen, z.B. zur diskursiven Beteiligung, s. Westle 2001: 141).

4.2.1 Neue Soziale Bewegungen

Die Beteiligung in den *neuen sozialen Bewegungen* (Umwelt-, Friedens- und Alternativ- u.a. Bewegungen) stellt einen wichtigen Bereich nicht-institutionalisierter politischer Partizipation dar. In repräsentativen Befragungen zeigen Frauen und Mädchen eine zumindest gleich hohe Bereitschaft zum Mitwirken in diesen Organisationen und Initiativen auf wie Männer und Jungen (vgl. Hoecker 1998a: 200f.; Cornelißen 1993: 327; Jugendwerk Shell-Jugendstudie 1997). Häufig wird argumentiert, dass das Engagement in neuen sozialen Bewegungen für Frauen attraktiver ist als in politischen Institutionen. Da empirische Studien jedoch weitgehend fehlen, scheinen diese nicht selten durch geschlechterstereotype Vorannahmen ersetzt zu werden. So wird vermutet, dass Frauen sich in den kleinen, überschaubaren und informellen Organisationseinheiten ‚woher‘ fühlen würden (zum Beispiel Cornelißen 1993: 327). Unklar bleibt, ob nicht möglicherweise auch andere Gründe, zum Beispiel Diskriminierungserfahrungen in Parteien und Gewerkschaften, zum hohen Frauenanteil in den sozialen Bewegungen führen (vgl. zur Kritik an geschlechterstereotypen Vorannahmen auch: Geißel 1999: 73).

Trotz ähnlicher Beteiligung deuten genderorientierte Studien auf geschlechtsspezifische Züge in den neuen

sozialen Bewegungen hin: Frauen würden häufiger als Männer eine Professionalisierung und Institutionalisierung einer Bewegung ablehnen. Ihnen scheint die identitätsstiftende Wirkung einer Aktion für die jeweilige Gruppe oft wichtiger zu sein, Männer scheinen dagegen mehr auf die Außenwirkung zu achten – so zumindest die Ergebnisse älterer Studien (Rubart 1988). Aufgaben seien häufig nach traditionellen Geschlechterrollen aufgeteilt: zum Beispiel wären Frauen eher bereit, pflegerische Tätigkeiten bei Besetzungen, Demonstrationen o. ä. zu übernehmen; Männer würden leichter eigene inhaltliche Aspekte in die Arbeit der Initiativen einbringen. Cornelißen spekuliert, dass Frauen und Männer auch gelegentlich die Problemlagen unterschiedlich definieren (1993: 328). Es fehlen allerdings aktuelle empirische Daten, um die genannten Thesen zu bestätigen.

4.2.2 Frauenpolitisches Engagement

Obwohl in der genderorientierten Forschung keine Einigkeit darüber herrscht, ob die Frauenbewegung den Neuen Sozialen Bewegungen zuzuordnen ist oder eine Bewegung *sui generis* darstellt (Dackweiler 1997: 384; Fuchs 2000: 262f.), wird die Frauenbewegung – manchmal auch als ‚Frauenbewegungen‘ bezeichnet - hier als eigenständige Partizipationsform diskutiert. Die neue Frauenbewegung in der Bundesrepublik²³ vertritt ein breites Spektrum praktisch-politischer Aktivitäten, wissenschaftlich-theoretischer Ansichten und individueller Erfahrungen. Aus ihr sind sowohl eine Reihe politischer Aktionen, als auch eine Vielfalt frauenspezifischer Projekte hervorgegangen. Bis in die 90er Jahre hinein war die Frauenbewegung für viele Frauen mehr als ‚eine politische Bewegung‘, sie war gerade in den westdeutschen Großstädten vielfach zu einer ‚Lebensart‘ geworden. Partizipation in den als männerzentriert wahrgenommenen Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften wurde abgelehnt und das Engagement in Frauenprojekten und -initiativen vorgezogen. Als Beispiel sei die Debatte um ‚Autonomie oder Institution‘ verschiedener Berliner Frauenwochen in den 80er Jahren angeführt, bei welchen das Pendel eindeutig für ‚Autonomie‘ ausschlug.

Frauenpolitisches Engagement kann neben der Aktivität in der neuen Frauenbewegung auch eher traditionelle Verbandsarbeit umfassen. Der bekannteste ‚traditionelle‘ Frauenverband ist der Deutsche Frauenrat.²⁴ Er vertritt als westdeutsche Dachorganisation 57 Verbände mit über elf Millionen Mitgliedern und agiert als Lobby für Frauen. Da viele der in ihr zusammengeschlossenen Verbände weiterhin zum Teil kritiklos die traditionelle



Rollenverteilung der Geschlechter vertreten, ist das Verhältnis zwischen dem Frauenrat und den Frauenbewegten nicht immer ohne Spannungen.

Die nichtstaatliche Frauenbewegung der DDR²⁵ umfasste 200 - 300 in kleinen problemorientierten Gruppen agierende Frauen, die vielfach untereinander vernetzt waren (Hampele 1993: 302). In der Umbruchzeit Winter 1989/90 gründeten sie den Unabhängigen Frauenverband (UFV).²⁶ Diese frauenpolitische Dachorganisation spielte eine Schlüsselrolle für politisch engagierte ostdeutsche Frauen:

„Die Existenz des Unabhängigen Frauenverbandes als anerkannte neue politische Kraft [...] gab über die Situation der ‚Wende‘ hinaus engagierten Frauen politisch-programmatische Identität und Rückhalt in Form öffentlich-institutioneller Autorität, verhalf ihnen zu Räumen, Geldern, Posten und Mandaten, zu Frauenzentren, Frauencafés, Frauenschutzwohnungen und -häusern, kommunalen Gleichstellungsstellen und Frauenbeauftragten - ohne dass aber diese Erfolge auf die neue Frauenorganisation selbst stabilisierend rückgewirkt hätten.“ (Hampele 1993: 310; Bütow 1994: 263)

4.2.3 Soziales Engagement

Im 19. Jahrhundert galt das ehrenamtliche soziale Engagement in der Kirche und in Wohltätigkeitsvereinen als die einzige (außerhäusliche) gesellschaftliche Tätigkeit, die für Frauen des Bürgertums akzeptabel war. Obwohl die Bereitschaft zu freiwilliger Mitarbeit in Wohlfahrtsverbänden seit zwanzig Jahre generell abnimmt, bleibt heute soziales ehrenamtliches Engagement weiterhin eine Domäne der Frauen. Einigen Publikationen zufolge sind circa 80 % der ehrenamtlich Hilfeleistenden weiblich, Männer dominieren jedoch nach wie vor in den oberen Hierarchiestufen der entsprechenden Institutionen (Cornelißen 1993: 329; vgl. www.db-decision.de, Aug. 2003).²⁷ Auch bei der Verteilung von Aufgabenschwerpunkten hat sich in den letzten 15 Jahren wenig geändert: Frauen engagieren sich deutlich häufiger bei der Arbeit mit Kindern, Männer deutlich häufiger bei der Arbeit mit Jugendlichen und in Gremien bzw. in Leitungsfunktionen (Nörber 1998: 207; vgl. auch Nörber 1999: 25).

Seit Anfang der 80er Jahre gibt es zusätzlich einen Trend zu *Selbsthilfegruppen*, sozialen Initiativen und selbstorganisierten Projekten. Nur mit der freiwilligen, kostenlosen Mitarbeit der Teilnehmenden konnten viele

Gruppen, Initiativen und Projekte über längere Zeit existieren. Frauen scheinen hier zwar wieder die Mehrheit der Mitarbeitenden zustellen, aber nicht mehr so deutlich in der Überzahl zu sein, wie dies im ehrenamtlichen Hilfsdienst von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden stets der Fall war (ebd.).

Die Formen und Inhalte sozialer ehrenamtlicher Arbeit haben sich in den letzten Jahrzehnten erweitert und werden heute in genderorientierten Studien häufig zum Bereich politischer Partizipation hinzugezählt. Doch welche Aussagen können die oben aufgeführten Daten über geschlechtsspezifische politische Partizipation liefern? Es ist nach wie vor eine offene Frage für die genderorientierte Partizipationsforschung, welcher Erkenntnisgewinn sich daraus ergibt, soziales bzw. ehrenamtliches Engagement mit politischem Engagement gleichzusetzen. Es wäre zu überlegen, ob die Ergebnisse Putnams (1993) Impulse zur Beantwortung dieses Problems geben könnten.

5. Ausgewählte Erklärungsansätze zur geschlechterunterschiedlichen Partizipation

Neben der deskriptiven Beschreibung des Partizipationsverhaltens ist von Interesse, welche Faktoren die politische Partizipation beeinflussen. Gängige Analysemodelle unterscheiden die Makro-, die Meso- und die Mikro-Ebene (zum Beispiel Geißel 1995; Sauer 1994). Zur Makroebene gehören die ökonomische Verfasstheit der Gesellschaft und die Struktur des politischen Systems wie das Wahlsystem und die Arten und Weisen des Entscheidungs- und Willensbildungsprozesses. Die Meso-Ebene umfasst die Instanzen formeller und informeller Institutionen wie das Parteiengefüge. Die Mikroebene betrachtet das politische Subjekte, seine individuellen Prädispositionen und Einstellungen, entstanden in Sozialisationsprozessen. Betont wird generell, dass multivariate Modelle, v.a. zur Verschränkung der Ebenen, notwendig sind und Partizipation nicht monokausal erklärt werden kann.^{28t}

Wie erklärte nun die Mainstream-Forschung Geschlechterunterschiede in der politischen Partizipation? Zunächst war Geschlechtszugehörigkeit meist lediglich als abhängige, soziodemographische Variable neben Alter, Bildung, Beruf u.a. behandelt worden. Gender-Forscherinnen kritisierten, dass der Mainstream in seinen elabourierten, multivariaten Erklärungsmodellen etwas wahllos über „Rollenerwartungen“, „partizipationshem-



mende Sozialisation von Mädchen“, „Doppelbelastung“ und „Verpflichtungen innerhalb der Familie“ spekulieren (z. B. Uehlinger 1988: 165ff.). Einige Mainstream-Forscher mutmaßten „institutional sexism“ und „situational constraints“ (Deth 1990: 302), „men’s greater aggressiveness, taste for conflict ... and tendency to use abstract concepts“ (kritisch: Verba u.a. 1997: 1052, 1062). Das Fazit aus diesen Überlegungen war dann häufig die schlichte Feststellung, dass die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht einen negativen Einfluss auf die Partizipation(-sbereitschaft) in der Politik habe. Derartige „Stammtischbanalität[en]“ (Kreisky/Sauer 1995: 9) sind heute weit weniger verbreitet als noch vor einigen Jahren. Auch im Mainstream werden geschlechtsspezifische Unterschiede mittlerweile weitgehend differenziert untersucht. Westle (2001) fasst die drei aktuellen, zentralen Erklärungsansätze

des Mainstreams folgendermaßen zusammen: Geschlechtsspezifische Sozialisation, geschlechtsspezifisch unterschiedliche Lebenslagen, geschlechtsspezifisch unterschiedliche strukturelle Zugangsbarrieren.

Nach wie vor kritisiert die genderorientierte Forschung allerdings, dass eine systematische Analyse des Geschlechts als gesellschaftliches Organisations- und Strukturierungsprinzip in Mainstream-Kreisen nur selten vorgenommen wird. Genderorientierte Forscherinnen versuchten, Erklärungsansätze aus einer nicht-männerzentrierten Perspektive zu entwickeln. Ergebnisse dieser langjährigen Diskussion lassen sich unterschiedlich systematisieren, eine Möglichkeit ist, die Erklärungsansätze den jeweiligen wissenschaftlichen Disziplinen oder theoretischen Strängen zuzuordnen:

Tabelle 6: Erklärungsansätze zu Geschlechterunterschieden bei der politischen Partizipation

Disziplin	Erklärungsansatz	Literaturbeispiele
Historische Erklärungsansätze	1. Polarisierung der Geschlechtscharaktere; 2. Entstehung der Parteien unter Ausschluss von Frauen	• Hausen 1978 • Schöler-Macher 1994
Soziologische ressourcentheoretische Erklärungsansätze	3. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung 4. Mehrbelastung, Zeitmangel 5. sozioökonomische Faktoren, v. a. Bildung und ökonomischer Status	• Jacobi 1991 • Bundesministerium 1993 • Clark/Clark 1986
Psychologische/psychanalytische und moraltheoretische Erklärungsansätze	6. frühkindliche Erfahrungen 7. geschlechtsspezifisch unterschiedliche Moralen 7. der doppelte Legitimationsdruck	• Benjamin 1990 • Gilligan 1984 • Schöler-Macher 1994
Erziehungswissenschaftliche/sozialisationstheoretische Erklärungsansätze	8. geschlechtsspezifische Sozialisation 9. defizitäre Qualifikationen	• kritisch: Kulke 1991 • Clark/Clark 1986
Institutionentheoretische Erklärungsansätze	10. Wahl- und Parteiensystem 11. Rekrutierungsmuster 12. der Staat als Männerbund 13. Fremdheit der institutionalisierten Politik für Frauen 14. strukturelle und personelle Diskriminierung	15. Hoecker 1998a/b 16. Kreisky 1995 17. Schöler-Macher 1994 18. Schaeffer-Hegel u. a. 1995 19. Geißel 1999
Kulturreoretische Ansätze	20. nationale politische Kultur, v. a. Einstellungen zum Geschlechterverhältnis 21. individuelle politische Orientierungen 22. anderes Politikverständnis und andere Politikstile von Frauen	23. Hoecker 1998a/b 24. Westle 2001 25. Meyer 1992;
Ansatz der politischen Sozialisation		• Kulke 1991 • Geißel 1995

In der Literatur ist eine Vielzahl weiterer Systematisierungen zu finden. Beispielsweise systematisierte Hoecker (1987: 20ff.) Ende der 80er Jahre die Ansätze folgendermaßen: politische Sozialisation (geschlechtsspezifische Erziehung v. a. in Kindheit und Jugend und sich daraus ergebende ‚Defizite‘ wie zum Beispiel mangelndes Durchsetzungsvermögen), sozialstrukturelle Faktoren (Bildung, Erwerbstätigkeit), weiblicher Lebenszusammenhang (Doppelbelastung) und parteiorganisatorische Einflussfaktoren (frauenunfreundliche Organisationsformen). In einer späteren Studie favorisierte sie folgende Einteilung: Politische Kultur, Sozialstrukturelle Faktoren und institutionelle Besonderheiten, worunter erstens politische Rekrutierungsmuster und zweitens Wahl-/Parteiensystem zu verstehen sind (1998b). Sauer (1994) fasst die verschiedenen Erklärungsansätze der feministischen Partizipationsforschung in zwei kontroversen Argumentationslinien zusammen: Begründen einige Feministinnen die politische Unterrepräsentanz mit den anderen Vorlieben und dem

anderen Politikverständnis von Frauen, argumentieren andere rekrutierungstheoretisch mit institutionellen Ausschluss- und Rekrutierungsmechanismen der Parteien.

Gleich wie die Ansätze systematisiert werden, ein Problem bleibt: Viele Erklärungsmodelle zur Partizipation stützen sich zunächst eher auf empirisch unbestätigte Vermutungen oder verallgemeinern länder- bzw. parteispezifische Untersuchungen. Seit einigen Jahren zeichnet sich hier eine Wende ab und die Ansätze erfahren zunehmend eine empirische Fundierung, auch im internationalen Vergleich (z. B. Hoecker 1998b, Westle 2001). Longitudinal und Panel-Studien fehlen allerdings noch weitgehend.

Die in der folgenden Graphik abgebildeten zentralen politikwissenschaftlichen Erklärungsansätze der Mainstream- wie der genderorientierten Forschung zur politischen Partizipation werden anschließend vorgestellt.

Abb. 3: Erklärungsansätze





5.1 Sozioökonomische Erklärungsansätze

Vielfach belegt ist, dass Art und Ausmaß politischer Partizipation abhängig sind von sozioökonomischen Faktoren wie Ausbildung, Berufsposition, Alter und Geschlecht. So lässt sich eindeutig nachweisen, dass politische Partizipation mit höherem Status – gemessen an Bildung und Berufsposition – wächst.²⁹ Geringere politische Beteiligung von Frauen ließe sich gemäß diesem Ergebnis mit der im Verhältnis zu Männern nach wie vor niedrigeren sozioökonomischen Lage erklären. Zwar hat sich die Bildungsschere zwischen Männern und Frauen in den letzten Jahren nahezu geschlossen, die Frauenerwerbsquote liegt aber nach wie vor unter jener der Männer und Frauen sind häufiger in Berufen mit niedrigem Sozialstatus, niedrigem Einkommen sowie geringen Aufstiegschancen vertreten. Würde also eine ähnliche sozioökonomische Lage von Frauen und Männern zu ähnlichem Partizipationsverhalten führen? Detaillierte Analysen zeigen, dass diese Gleichung nicht aufgeht. Frauen mit höherem Bildungsniveau zeigen beispielsweise – zumindest in der BRD – eine niedrigere Partizipationsrate als Männer mit vergleichbarer Bildung (vgl. Klingemann 1985, Uehlinger 1988). Ein Gender-Gap ist auch beim politischen Interesse in den alten Bundesländern bei Frauen und Männern mit höherer Schulbildung zu finden, während diese Kluft in den neuen Bundesländern schmaler ist (Schering-Frauenstudie 1993: 138; vgl. ähnliche Ergebnisse bei Westle 2001). Ein älterer Ländervergleich zwischen sieben westlichen Industriegesellschaften von Christy (1984) zeigte, dass die politische Partizipation von Frauen nicht nur mit der ökonomischen Situation erklärt werden kann. Als wesentliche Variablen erwiesen sich Geschlechternormen und –bilder einer Gesellschaft. Einige Jahre später bestätigte Norris (1993) diesen Befund. Sie zeigte, dass politische Partizipation von Frauen nicht kausal mit den jeweils spezifischen sozioökonomischen Voraussetzungen erklärt werden kann, sondern der Einstellung der Bevölkerung zur Rolle von Frauen (politische Kultur) eine wichtige Bedeutung zukommt. Ein aktueller internationaler Vergleich bekräftigt dieses Ergebnis: Im europäischen Vergleich haben zum Beispiel Großbritannien und Portugal zwar eine hohe Frauenerwerbsquote, weisen jedoch niedrige Frauenanteile in ihren jeweiligen Parlamenten auf (unter 20 %). Die Niederlande dagegen gehören mit ihrem parlamentarischen Frauenanteil zur Spitzengruppe, haben aber nur eine ‚mittlere‘ Frauenerwerbsquote (Hoecker 1998b: 390).

Studien zu den Partizipations-Unterschieden von Frauen aus unterschiedlichen sozioökonomischen Lagen waren bis

in die 90er Jahre selten. Im Mittelpunkt der meisten Studien der Frauen- und Genderforschung stand die Aufdeckung von Geschlechterdifferenzen (Kahlweit 1994; Schnitger 1990; Schwarting 1995; Schaeffer-Hegel u.a. 1995). Differenzierungen der politischen Partizipation von Frauen nach sozioökonomischem Hintergrund (z. B. Fowlkes 1992) oder auch nach Generationszugehörigkeit (Meyer 1997) setzen sich jedoch langsam durch.

5.2 Politisch-kulturelle Erklärungsansätze

5.2.1 Nationale politische Kultur

Politische Kultur meint die Gesamtheit der Werte, Meinungen und Einstellungen der BürgerInnen gegenüber dem politischen und im weiten Sinn auch gegenüber dem gesellschaftlichen System (Almond/Verba 1963; Greiffenhagen/Greiffenhagen 2002: 387). Die Bedeutung von politischer Kultur für die politische Partizipation von Frauen war lange Zeit – vor allem im Mainstream – unterschätzt worden, seit den 80er Jahre entfachte sich in frauenpolitischen Kreisen allerdings eine Diskussion um diese Einflussvariable. Hoecker (1998b) prüfte in einem Vergleich 16 europäischer Staaten den Einfluss folgender Faktoren auf die politische Partizipation von Frauen: die politische Kultur, das Wahl- und Parteiensystem, personelle Rekrutierungsmuster und sozioökonomische Faktoren. Es zeigte sich, dass in Ländern mit eher traditionellen Vorstellungen zur Stellung von Frauen in Gesellschaft und in Politik, (u.a. auch am Zeitpunkt der Einführung des Frauenwahlrechts gemessen) Frauen parlamentarisch schwächer vertreten waren als in Staaten mit einer eher egalitären Kultur. Die nationale politische Kultur stellt somit „unbestreitbar einen wichtigen Einflußfaktor der politischen Partizipation von Frauen“ dar (Hoecker 1998b: 389).

5.2.2 Individuelle politische Orientierungen

Politische Partizipation (von Frauen) wird wie beschrieben nicht nur von der makrostrukturellen politischen Kultur beeinflusst, sie ist auch mit individuellen politischen Orientierungen zu erklären. Zentrale Dimensionen in der auf Individualdaten bezogenen Forschung sind neben den soziodemographischen Faktoren (Geschlecht, Alter, Bildungsniveau) das politische Interesse, die subjektiven politischen Kompetenzgefühle („Internal Efficacy“) und Responsivitätswahrnehmung („External Efficacy“), Politikverständnis, Werte und Ziele (z. B. Uehlinger 1988: 165; vgl. Gabriel 1997: 472).



Die zentralen Dimensionen sollen im Folgenden näher beleuchtet werden.

In der subjektorientierten Mainstream-Literatur wird *politisches Interesse* als Voraussetzung für politische Partizipation bezeichnet (vgl. Jennings/van Deth 1990; Uehlinger 1988; kritisch: U. Meyer 1997). Die genderorientierte Partizipationsforschung, wie auch in der Jugend- und der Bewegungsforschung, hinterfragt die Aussagekraft dieses Indikators seit langem kritisch. Das Merkmal ‚politisches Interesse‘ sei als erklärende Variable für politische Partizipation kaum sinnvoll, da nicht eindeutig sei, worauf sich der Begriff beziehe - viele Feministinnen vermuten nur auf „Vorgänge der institutionalisierten Politik“ (Sauer 1994: 107; Gille u.a. 1996: 17; Cornelißen 1993; Meyer 1992). Empirisch lässt sich diese Kritik allerdings nicht eindeutig belegen, denn politisches Interesse korreliert in Umfragedaten durchaus mit diskursiver und uninstitutionalisierter Politik, scheint also von den Befragten keineswegs nur auf die institutionalisierte Politik bezogen worden zu sein (Westle 2001: 149; vgl. auch Westle/Schön 2001).

Empirisch eindeutig nachweisbar wirkt sich das politische *Kompetenzgefühl* (*Internal Efficacy*), also die Überzeugung politisch (nicht) kompetent zu sein, sowohl auf die Partizipation in konventionellen als auch in nichtkonventionellen Formen aus (Westle 2001: 153; Vetter 1997). Empirische Studien weisen gleichzeitig auf eklatante geschlechtsspezifische Unterschiede in der Kompetenzüberzeugung hin. Männer sind im statistischen Durchschnitt häufiger als Frauen davon überzeugt, kompetent für eine politische Aufgabe oder ein politisches Amt zu sein (zum Beispiel Westle 2001: 153; Landfried 1994: 216). Diese unterschiedlichen Kompetenzüberzeugungen haben fatale Folgen: Zweifel an den eigenen Kompetenzen ist eine der wesentlichen Barrieren von Frauen, eine politische Karriere zu verfolgen. Politisch interessierte weibliche Parteimitglieder beantworten die Frage nach Aufstiegsinteressen häufig damit, dass sie sich die Übernahme eines Mandats nicht zutrauen würden (Benzler u. a. 1995: 40ff.; Hoecker 1987: 206; Horstkötter 1989: 261). Der Faktor ‚politisches Kompetenzgefühl‘ ist somit für die Erklärung geschlechterunterschiedlicher Partizipation zentral.

Schließlich wird in der Regel *External Efficacy*, d.h. ein gewisses Effektivitätsgefühl und Responsivitätswahrnehmung, als Voraussetzung für Partizipation gewertet. Nur wer „Einflusschancen auf Entscheidungen des politischen Systems“ antizipiert, würde auch partizipieren (Uehlinger 1988: 178). Aus einer von Rational Choice Ansätzen in-

spirierten Sicht liege das Motiv für Partizipation in der analytisch-rationalen Abwägung von Kosten und Nutzen aus den bekannten Handlungsalternativen für die optimale Durchsetzung politischer Ziele (zum Beispiel Kaase 1997: 444).³⁰ Die genderorientierte Partizipationsforschung hat dieses Konzept kritisch bewertet und darauf verwiesen, dass politisches Handeln von Frauen häufig eher expressiv als instrumentell wäre. Empirisch ist der geschlechtsspezifische Unterschied in der Responsivitätswahrnehmung eher gering und scheint auch nur minimale Auswirkungen auf das Partizipationsverhalten zu haben (Westle 2001:153). Aus den Ergebnissen lässt sich kaum ablesen, dass der Zugang von Frauen zur Partizipation eher expressiv als instrumentell sei.

Die genderorientierte Partizipationsforschung hat in den 80er und 90er Jahren vor allem ein geschlechtsspezifisch unterschiedliches Macht- und Politikverständnis für die geringere Beteiligung von Frauen in der institutionalisierten Politik verantwortlich gemacht. Diese These wurde von Teilen der Frauenbewegung mit viel Begeisterung aufgenommen. Bereits 1992 warnte Meyer jedoch vor einem unwissenschaftlichen Umgang mit der These des ‚anderen‘ Politikstils. „Viele Studien“, so schrieb sie, „[unterstellen] schlicht ein weibliches Politikverständnis“ (Meyer 1992: 9). Das ‚andere‘ Politikverständnis und die ‚anderen‘ Politikstile, die es ja eigentlich zunächst zu suchen gilt, würden als Prämisse vorausgesetzt. Die Sekundäranalyse und der Vergleich verschiedener Studien ergeben, dass die Frage nach der Existenz weiblicher Politikstile von „Politikerinnen mit einem entschiedenen ‚Jein‘“ (Sauer 1994: 113) beantwortet wird. Je nach Untersuchungsdesign und -methoden, theoretischen Prämissen und vor allem Sample lassen sich unterschiedliche Ergebnisse feststellen. Studien, die bei Frauen einen ‚anderen Politikstil‘ feststellten, hatten in der Regel frauenpolitisch aktive Frauen von den GRÜNEN und dem linken SPD-Flügel interviewt. Diese befürworteten möglicherweise auch aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit ‚andere‘ Politikstile (Geißel 1999: 196). Vergleichende Studien zeigten außerdem, dass sich Politik- und Machtverständnis keineswegs nur nach Geschlecht unterscheiden, sondern dass diese eingebettet sind in Gesellschaftssysteme (Penrose 1993a).

5.3 Institutionentheoretische Ansätze

Das Wahlsystem gehört zu den zentralen Einflussfaktoren der politischen Partizipation von Frauen. Vielfach belegt ist, dass das Verhältniswahlrecht Frauen eher be-



günstigt, während Frauen in Staaten mit Mehrheitswahlrecht in der Regel (noch) deutlicher unterrepräsentiert sind (ausführlich: Hoecker 1998b: 390ff.).

Ein genuin genderorientierter Ansatz nicht nur zur Erklärung der Unterrepräsentanz von Frauen in der institutionalisierten Politik ist der Ansatz von Kreisky zum ‚Staat als Männerbund‘ (z. B. Kreisky 1995). Parteien und staatliche Institutionen verhindern demzufolge mit Hilfe verschiedener Exklusionsmechanismen den Eintritt von Frauen in den ‚Männerbund‘ (strukturelle Diskriminierung). „Die Geschichte des Politischen“, so die Argumentation, „ist eine Geschichte der Einschreibung männlicher Werte und Normen, Denk- und Handlungsmuster in Strukturen und Verfahren der Politik“ (Sauer 1994: 122f.). Männlichkeit würde so zum Modus moderner Demokratien, gleichwohl sie sich geschlechtsneutral gäbe. Ziel einer genderorientierten Forschung müsse es deshalb sein, nicht nur die Situation von Frauen zu analysieren, sondern das „Männliche“ in Politik und Staat offen zulegen, die „Eingeschlechtlichkeit“ zu dechiffrieren, die neutral und demokratisch getarnten „Schichten männerbündischer Strukturen und männerbündischen Verhaltens nach oben [zu kehren]“ (Kreisky 1995: 47). Dieser Ansatz wurde in Teilen der Frauenbewegung und der Gender-Forschung euphorisch aufgenommen und rezipiert.

Aktuelle Studien verweisen allerdings auf gewisse Gegenbewegungen, denn in vielen Ländern wurden institutionelle Maßnahmen zur Erreichung von partizipativer Geschlechtergerechtigkeit ergriffen.³¹ In der Bundesrepublik hatte sich das Parteileben durch die Einführungen von innerparteilichen Quotenregelungen gewandelt und Frauen erfuhren deutliche Unterstützung für ihr parteipolitisches Engagement (Geißel 1999). Politische Partizipationsinteressen werden aber in quotierten Parteien nicht nur unterstützt, sondern auch behindert. Politikerinnen-Studien berichten, dass die parteispezifischen Organisationsweisen, Strukturen und Kommunikationsstile der Parteien, gleich ob quotiert oder nicht, bislang kaum an den Interessen und Bedürfnissen der Mehrzahl der Frauen ausgerichtet sind. Das Nebeneinander von frauenfreundlicher Rekrutierung und männerfreundlichen Stilen und Strukturen führt oft zu einer ambivalenten Situation. Frauen werden zwar einerseits zur Partizipation aufgefordert und entwickeln häufig Partizipations- und Gestaltungsinteressen. In ihrer politischen Tätigkeit sehen sie sich aber andererseits ständig konfrontiert mit männer-orientierten Organisationsweisen und Ritualen. Sie erfahren gleichzeitig Frauenförderung sowie strukturelle Diskriminierungen.

Spezielle innerparteiliche Gleichstellungsmaßnahmen wie die Quote finden somit bei diesen Barrieren und Konfliktlagen ihre Grenzen. So sind quotierte Parteien gleichzeitig Politisierungsagenturen und Partizipationsverhinderer (ausführlich: ebd.). Studien zu den Auswirkungen von Gleichstellungsmaßnahmen werden auch in anderen Ländern durchgeführt und international diskutiert (z.B. Conference „Women’s Quotas in Urban Local Government: A Cross-national Comparison“, Febr. 2003, New Delhi, Indien; Panel: „Affirmative Actions, Quotas, Parity. The Question of Women Political Representation“, IPSA-Conference, Aug. 2000, Quebec, Kanada; Diskussion in der Schweizerischen Zeitschrift für Politikwissenschaft zu Frauenquoten 2/1998 und 1/1999)).

5.4 Politischer Sozialisationsansatz

Aus sozialisationstheoretischer Sicht kann politische Partizipation als Ergebnis von Sozialisationseinflüssen verstanden werden. In den 60ern, 70ern und teilweise bis in die 80er Jahre hinein wurde in weiten Teilen der (politischen) Sozialisationsforschung ein Determinismus, eine Prägung des Verhaltens durch Sozialisatoren (sozialisierende Personen) in bestimmbar Agenturen unterstellt. Gefragt wurde: Wer (Sozialisationssubjekt) lernt was (Sozialisationsinhalte) von wem (Sozialisationsagenturen, Sozialisatoren) mit welcher Wirkung? Heute wird politische Sozialisation überwiegend als Prozess betrachtet, an dem das Individuum auch selbstbildend, gestaltend und aktiv beteiligt ist. Menschen werden nicht mehr als „Spielball der Einflussfaktoren“, sondern als „produktiv realitätsverarbeitende Subjekte“ (Hurrelmann 1983) betrachtet. Sie nehmen, so die veränderte Sichtweise, an politischen Sozialisationsprozessen durch Aneignung und Verarbeitung teil.

Den zahlreichen Definitionsversuchen des Begriffs ‚politische Sozialisation‘ liegen verschiedene Bestimmungen der Begriffe ‚Sozialisation‘ und ‚politisch‘ zugrunde (Norris/Lovenduski 1995: 1; Claußen 1996: 15ff.).³² Die politische Sozialisationsforschung konzentriert sich auf zwei Richtungen: Entweder wird nach Ergebnissen (zum Beispiel Parteienpräferenz) und/oder – seltener – nach Prozessen politischer Sozialisation (zum Beispiel Politisierung) gefragt (Greiffenhagen 1981). Politische Sozialisation wird auf drei Ebenen untersucht: Auf der Ebene des nationalen politischen Systems (Makro-Ebene), auf der der Sozialisationsfelder (Meso-Ebene) sowie auf der Subjektebene (Mikro-Ebene). Studien zur politischen geschlechtsspezifischen Sozialisation, die alle Ebenen



aufeinander beziehen, sind selten.³³ Meist beschränken sie sich auf eine oder zwei der Ebenen (Geißel 1995).

In vielen Studien wird das angeblich geringere politische Interesse von Frauen und ihre Distanz zur institutionalisierten Politik mit der geschlechtsspezifischen (politischen) Sozialisation in Kindheit und Jugend erklärt. Das politische Handeln von Frauen sei das Ergebnis eines geschlechtstypischen Sozialisationsprozesses, in dem Frauen partizipationshemmende Handlungsmuster erwürben (kritisch: Sauer 1994: 104; Kulke 1996: 488f.), doch der Zusammenhang zwischen der geschlechtsspezifischen Sozialisation in Kindheit/Jugend und dem politischen Handeln im Erwachsenenalter ist keineswegs linear und eindeutig. Erstens ist es wenig sinnvoll, von einer einheitlichen geschlechtsspezifischen Normalsozialisation auszugehen, denn es existieren vielfältige, schichtspezifische, ethnische und andere Unterschiede (vgl. Bilden 1991; Hoepfel 1991; Jacobi 1991: 114; Eckart 1990; Hagemann-White 1993; Nissen 1998: 70ff.). Zweitens lässt die Zusammenfassung eines sekundäranalytischen Überblickes zu einschlägigen Studien vermuten, dass biographische Brüche sowie gesellschaftlicher Wandel einen größeren Einfluss auf das Partizipationsverhalten von Frauen ausüben als die geschlechtsspezifische Sozialisation in Kindheit und Jugend (Fratczak-Rudnicka 1991). Panelstudien, welche detailliert Aufschluss über Entwicklungen geben könnten, fehlen allerdings bislang noch.

6. Zusammenfassung und Ausblick

Die Mainstream-Partizipationsforschung hatte seit ihren Anfängen eine Reihe von Entwicklungen erfahren. Nach ihrem Start als Wahlforschung weitete sie ihren Untersuchungsgegenstand zunächst auf verschiedene Formen institutionalisierter Beteiligung und schließlich nicht zuletzt aufgrund des veränderten Partizipationsverhaltens der Bevölkerung auch auf nicht-institutionalisierte Formen aus. Konzeptualisierungen und Zugänge blieben aber, so die Kritik der genderorientierten Partizipationsforschung, nach wie vor männerorientiert und ‚Malestream‘. Kritisiert wird vor allem, dass die Mainstream-Forschung Frauen als politisches Defizitwesen beschreiben, die patriarchale Struktur von Gesellschaft und Staat nicht wahrnehmen und von einem eingeschränkten Politik- und Partizipationsbegriff ausgingen.

Nach einer langjährigen Phase, in der die Mainstream-Partizipationsforschung die Genderorientierte je nach Couleur nicht wahrnahm, still belächelte oder öffentlich diskreditierte, während sich die genderorientierte For-

schung mit verärgertem und kämpferischem Ton am Mainstream abarbeitete, scheinen sich beide Seiten anzunähern. Es ist vor allem ein Verdienst der ‚GrenzgängerInnen‘, die von Ansatz, Methode und Kontext her der Mainstream-Partizipationsforschung zuzuordnen sind, sich aber explizit mit dem Verhältnis von politischer Partizipation und Geschlecht befassen, Brücken über die nach wie vor existierenden Gräben gebaut zu haben (z. B. Westle 2001).

Wie könnten genderorientierte und Mainstream-Partizipationsforschung voneinander profitieren? Als zentrale Dimensionen sind Forschungsobjekte, Definitionen, Methoden und theoretische Ansätze zu nennen, wobei hier nur einige Beispiele angeführt werden können. Ein Perspektivenwechsel bei den Forschungsobjekten würde für die Mainstream-Forschung bedeuten, deutlicher als bisher den Androzentrismus des fiktiven, angeblich geschlechtsneutralen ‚Normalbürgers‘ wahrzunehmen und geschlechtsspezifische Unterschiede differenzierter sowie wertefreier zu untersuchen. Eine stärkere Kooperation beider Forschungsstränge bei der Definition und Konzeptualisierung von ‚politischer Partizipation‘ wäre nicht zuletzt angesichts der Neuentdeckung des Mainstreams sinnvoll, dass politische und soziale Partizipation in einem Zusammenhang stehen. Genderorientierte wie Mainstream-Forschung könnten sich stärker für andere Methoden als die bislang jeweils favorisierten öffnen. Für die genderorientierte Forschung hieße dies, einschlägige Kritikpunkte auch anhand von quantitativen Umfragedaten – nach wie vor eine Domäne der Mainstream-Forschung – zu untersuchen (vgl. Westle 2001). Nur mit einem Methodenmix können weiterhin zentrale Fragestellungen wie die Wirksamkeit von Maßnahmen zur gleichberechtigten Partizipation³⁴ auf Beteiligung, Geschlechterpolitik und Geschlechterverhältnisse, sinnvoll analysiert werden. Eine Öffnung des Mainstreams für qualitative Methoden würde helfen, deren „weitgehend unerfüllte“ Forschungsdesiderata wie „die Untersuchung des Prozesses der Mobilisierung zum Handeln“ (Kaase 1997, S. 447) zu füllen (weitere Desiderate vgl. Niedermayer 1997: 331; Niedermayer/Stöss 1993: 17). Eine Erweiterung des theoretischen Repertoires um interaktionstheoretische Theorien sowie Ansätze, die Partizipation auch als Ergebnis von Handlungsmöglichkeiten sowie von Lern- und Motivaktivierungspotentialen erkennen, wären ebenfalls sinnvoll zur Schließung dieser Lücken (vgl. Geißel 1999: 209ff.).



Sofern WissenschaftlerInnen tatsächlich ‚Wissen schaffen‘ und nicht (nur) Macht und Ressourcen erwerben bzw. erhalten wollen, ist es zweckmäßig, die Generierung von Erkenntnissen auch außerhalb der jeweiligen Zitierkartelle wahrzunehmen. Dies gilt sowohl für die genderorientierte als auch für die Mainstream-Partizipationsforschung.

7. Endnoten

¹ So fordert Schumpeter, dass BürgerInnen die „Arbeitsteilung zwischen ihnen selbst und den von ihnen gewählten Politikern“ respektieren und einsehen, „dass wenn sie einmal gewählt haben, die politische Sache seine [des Politikers, B.G.] ist und nicht mehr die ihre“ (Schumpeter 1950: 468).

² Wir verwenden den Begriff ‚genderorientiert‘, um auch jene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler berücksichtigen zu können, die explizit zu genderspezifischen Themen arbeiten, sich aber nicht als Feministinnen oder Feministen begreifen.

³ Gemäß dieser Definition ließen sich die meisten der unkonventionellen Formen als ‚Protestaktivitäten‘ in einer tendenziell ‚illegalen‘ oder zumindest sozial nicht akzeptierten ‚Grauzone‘ bezeichnen (ebd.: 27). Heute wird nur noch vereinzelt vertreten, dass allen unkonventionellen Aktivitäten ihr „umstrittener Legitimitätsstatus“ gemeinsam sei (z.B.: Gabriel 1997: 391).

⁴ „[D]ies ist schon deshalb sinnvoll, weil in den umfassend und komplex verflochtenen Industriegesellschaften nur wenige Handlungen von Personen und Gruppen langfristig ohne jede politische Bedeutung sind.“ (ebd.)

⁵ Auch diese zweckrationale Definition ist keinesfalls eindeutig, da erstens nicht jede Form von Aktivität mit politischem Charakter unbedingt instrumentell politisch motiviert ist, zum Beispiel die Teilnahme an Demonstrationen. Zweitens taugt diese Definition bei der Messung tatsächlicher Aktivität per se nicht, denn aus der Aktivität können keine Motive abgeleitet werden. Beispielsweise wäre es ja denkbar, dass an einer politisch erfolgreichen Demonstration, die eine Gesetzesänderung erwirkte, überwiegend Personen aus expressiven oder sozialen Motiven teilnahmen. Die instrumentelle, zweckrationale Definition kann erst ins Spiel kommen, wenn Motivationen politischer Aktivitäten untersucht werden.

⁶ In der politikwissenschaftlichen Partizipationsforschung wurde der Slogan „Das Private ist Politisch“ wenig wohlwollend, wenn überhaupt je zur Kenntnis genommen.

⁷ Es existieren weitere Versuche, Partizipationsformen zu kategorisieren, die aber u.E. kaum zu einer Begriffsklärung beigetragen haben. Hierzu zählen z.B. Unterscheidungen

zwischen mittelbaren und unmittelbaren, legitimen und illegitimen, aggressiven und unaggressiven Partizipationsaktivitäten.

⁸ Mit beiden Items wird in anderen Studien auch politisches Interesse gemessen.

⁹ Das bedeutet, dass die Befragungen in einer stark strukturierten Interviewsituation durchgeführt werden, in der allen Befragten die gleichen Fragen in gleicher Formulierung und Reihenfolge gestellt werden.

¹⁰ In Bewegungsforschung ist ein breites Spektrum an Methoden vertreten, neben Umfrageforschung auch teilnehmende Beobachtung, Protestereignisanalysen, die auf Informationen von Massenmedien, Bewegungsarchiven oder Ordnungsbehörden beruhen, sowie qualitative oder quantitative Analysen der Aussagen von Bewegungsakteuren (Roth/Rucht 2002).

¹¹ Mit Hilfe qualitativer Methoden konnte auch die These generiert werden, dass die so genannte Doppel- und Dreifachbelastung von Politikerinnen keineswegs nur als Handicap, sondern auch als Chance zu betrachten ist. Die Orientierung auf mehrere Lebensbereiche – nicht nur auf Politik bzw. Beruf, sondern auch auf das Privatleben – birgt möglicherweise vielfältige Innovationspotenziale: für die Mehrfachorientierten selbst, für die Politik und für die gesamte Gesellschaft (vgl. Geißel 2000).

¹² Zum Beispiel prüfte sie, ob der Effekt der sozialen Erwünschtheit, – „d.h. angesichts der vorherrschenden Auffassung von Politik als Männerdomäne würden Frauen ihre Interesse an Politik in der Interviewsituation unter-, Männer dagegen übertreiben“ (17) – durch die Anwendung einer asymmetrisch dichotomisierten Variante des Indikators ‚Interesse an Politik‘ sichtbar wird. Für die Ergebnisdiskussion siehe Westle 2001: 18.

¹³ vgl. eine ausführliche Literaturliste bei: <http://www.library.wisc.edu/libraries/WomensStudies/core/coremain.htm>, 25.08.2003.

¹⁴ Über weitere Trends im ostdeutschen, geschlechtsspezifischen Wahlverhalten können aufgrund des Mangels an einschlägigen Daten keine Aussagen getroffen werden (Hartenstein/Müller-Hilmer 2002).

¹⁵ Dies gilt auch heute noch: Nicht alle Daten zu den Mitgliederzahlen, die die Bundesparteienstellen veröffentlichten, sind nach Geschlecht spezifiziert.

¹⁶ Für Details zum Zusammenbruch der SED und Entstehung der PDS vgl. Spittmann /Hellwig 1990: 62; Wittich 1995.

¹⁷ Für eine detaillierte Diskussion über die Ursachen und Motive zum Parteiausstieg in den neuen Bundesländern vgl. eine Fallstudie zu den Austritten aus der F.D.P. Sachsen (Schäfer 1995: 87 ff.).



¹⁸ Die zu dieser Zeit in der SPD stattfindenden Debatte um Quotierung mündete 1988 in einen Quotenbeschluss (Weis 1995: 73ff).

¹⁹ Ein Frauenministerium, stets mit anderen Politikfeldern bzw. Zielgruppen kombiniert, gibt es seit 1983.

²⁰ Brigitte Zypries ist Bundesministerin für Justiz, Renate Künast ist Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Schmidt ist Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ulla Schmidt ist Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Edelgard Bulmahn ist Bundesministerin für Bildung und Forschung und Heidemarie Wieczorek-Zeul ist Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

²¹ Ver.di wurde im März 2001 durch den Zusammenschluss von der Gewerkschaft für Handel, Banken & Versicherungen, IG Medien, der Gewerkschaft für Öffentlichen Dienste, Transport u. Verkehr (ÖTV), der Deutschen Postgewerkschaft und DAG gegründet (ver.di – Geschichte: <http://www.verdi.de/geschichte>, Aug. 2003).

²² In den letzten 10 Jahren gab es mehrere Veränderungen in der Zusammensetzung der Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbunds: U.a. wurden IG Bau-Steine-Erden, IG Bergbau und Energie und IG Chemie-Papier-Keramik, Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und Gewerkschaft Leder umstrukturiert, neu zusammengesetzt oder aufgelöst. Eine sinnvolle Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen aller DGB-Gewerkschaften von 1994 und 1999 war daher nicht möglich.

²³ Für einen historischen Überblick der Entwicklung der neuen Frauenbewegung in der alten Bundesrepublik vgl. Wiggershaus 1979; Doormann 1979; Nave-Herz/Cornelißen 1989; Nave-Herz 1993.

²⁴ Eine - vorrangig dem Informationsaustausch dienende - Dachorganisation „Informationsdienst für Frauenfragen“ wurde 1951 gegründet und 1969 in „Deutscher Frauenrat“ umbenannt. Für eine Beschreibung ihrer Aktivitäten: www.frauenrat.de, Aug. 2003; vgl. auch Cornelißen 1993: 325f.

²⁵ Zu Beginn der 90er Jahre ist die Frage, ob es eine Frauenbewegung in der DDR gegeben hat, sehr umstritten gewesen. Obwohl sich Beteiligte einig waren, dass es Frauengruppen und „wie auch immer geartete Ansätze von Frauenaktivitäten“ gegeben hat, wurde von manchen in Frage gestellt, ob diese Aktivitäten gesammelt betrachtet der sozialwissenschaftlichen Definition einer Frauenbewegung entsprechen. Vgl. hierzu Kenawi 1995: 8f.; Hampele 1993: 302.

²⁶ Die Interpretationen der Geschichte des UFVs, seiner Entstehung, seiner Erfolge und Misserfolge sind so vielfältig wie seine TeilnehmerInnen und BeobachterInnen: vgl. u. a. Merkel 1990; Hampele 1991; Penrose 1993b; Nave-Herz 1993: 117ff.

²⁷ Interessant ist, dass Frauen in den Vorständen deutscher Wohlfahrtsverbände häufiger vorzufinden sind als in geschäftsführenden Positionen.

²⁸ Beispielhaft sei auf die Erklärungsansätze zur Entstehung der Neuen Sozialen Bewegungen verwiesen: Der ‚Krisen-Ansatz‘, der Ansatz der Gelegenheitsstrukturen und der Ansatz des rationalen Handelns (Opp 1996).

²⁹ „Der Aspekt der Schulbildung beeinflusst dabei“, so Klingemann, „die politische Partizipation durchgängig stärker als die über den Beruf definierte sozioökonomische Lage“ (Klingemann 1985: 32).

³⁰ Zur Debatte um Motive politischer Partizipation, zum Beispiel Machtwille oder Deprivationserfahrungen, s. Geißel 1999: 34ff.

³¹ Aufgrund unterschiedlicher politischer Systeme unterscheiden sich die Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Partizipation von Frauen in den einzelnen Ländern deutlich. Beispielsweise herrscht in der Bundesrepublik Deutschland die Selbstverpflichtung der Parteien per innerparteilicher Quotenregelung vor. Frankreich und Belgien setzen auf staatlich geregelte Quotenzwänge, welche aufgrund der in beiden Ländern spezifischen, komplexen Regelwerke hier nicht detailliert vorgestellt werden können (vgl. für weitere Quotenregelungen innerhalb der EU: Hoecker 1998b: 392). In Indien, Nepal und einigen anderen südost-asiatischen Ländern gibt es Quotenregelungen für die lokale Ebene. In den USA, wo vor allem von den Kandidaten selbst finanzierte Wahlkämpfe das politische Geschehen bestimmen, bildeten sich Gruppen, die Finanzhilfen für Wahl-Kampagnen von Frauen bereitstellen, zum Beispiel ‚Emilys List‘. Die finanzielle Unterstützung der Kampagnen sind in der Regel mit bestimmten Anforderungen an die Kandidatinnen verknüpft, so unterstützen eher fortschrittliche Gruppen Frauen mit fortschrittlichem Programm und die konservativen Gruppen die konservativen Frauen.

³² Treten zum Beispiel bei einigen AutorInnen eher psychologische Fragen in den Vordergrund (Lernen, Emotion), betonen andere sozialpsychologische oder soziologische Aspekte (zum Beispiel Sozialstrukturanalysen). Zur Illustration der unterschiedlichen Bestimmungen soll die folgende Aufzählung genügen: Nach Greiffenhagen (1981) beinhaltet der Begriff ‚politische Sozialisation‘ die Dimensionen politisches Bewusstsein (zum Beispiel Grundüberzeugungen, politische Einstellungen), politische Aktivitätsbereitschaft und politische Aktivität. Meyer untergliedert politische Sozialisation in die Teilaspekte Instanzen (Handlungsräume, Institutionen und Akteure), Prozesse (den intermediären Bereich der Vermittlung) und Inhalte („inputs“ [... und] Ergebnisse der politischen Sozialisation“) (U. Meyer 1997: 468f.). Claußen unterscheidet Subjekte, Inhalte und „intermediäre Verbin-



lungen" (Claußen 1996: 18 - 20).

³³ Eines der wenigen Beispiele der Vermittlung von Makro- und Subjekt-Ebene ist die Untersuchung von Penrose (1993a). In einem deutsch-deutschen Vergleich zeigt sie, dass die Karriereorientierungen, das Politikverständnis und das Machtverständnis von Frauen wesentlich von dem jeweiligen politischen System geprägt werden.

³⁴ Zu untersuchen wären ebenfalls die Auswirkungen neuer direktdemokratischer und partizipativ-diskursiver Beteiligungsformen, welchen häufig eine größere Frauenfreundlichkeit als den parteiorientierten Formen zugeschrieben wird. Einzelne feministische Wissenschaftlerinnen weisen allerdings darauf hin, dass gerade deliberative Beteiligungsformen Personen mit elaborierten Rhetorikkompetenzen erhebliche Vorteile bieten würden. Empirische Studien zu den Auswirkungen dieser neuen Partizipationsformen sind bislang eher selten und Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis umstritten (s. Geißel et al. 2001).